

Die Chance
der Korrektur nutzen

VON ANTJE HÖNING

Dass nach Hermann Hesse jedem Anfang ein Zauber inne wohnt, gilt auch für das politische Geschäft. Jede neue Koalition bedeutet eine Chance, alles zu prüfen, das Gute zu behalten und Fehler zu korrigieren. Dieses ist dringend angesagt bei der Legalisierung von Cannabis, die im April 2024 in Kraft trat. Häme über Hippie-Träume mal beiseitelassend kann man den Urhebern ehrenwerte Absichten unterstellen: Die Ampel hoffte, mit der Liberalisierung den Schwarzmarkt zu bekämpfen und mit dem Konsumverbot für Minderjährige Missbrauch zu verhindern.

Nun muss man feststellen: Diese Ziele wurden nicht erreicht. Außer von den Anbauvereinen kommt das Cannabis vor allem vom Schwarzmarkt. Damit hat die Ampel unfreiwillig das Geschäft der Dealer gemacht. Die Polizei klagt über Kontrollaufwand und Bürokratie. Die Justiz war monatelang mit dem Abarbeiten von Altfällen beschäftigt, weil Konsum über Nacht legal geworden war. Mit der Legalisierung sandte der Staat das Signal aus, Cannabis sei ungefährlich. Gegen den Rat der Ärzte, Apotheker, Polizei und Justiz hat Karl Lauterbach den Auftrag aus dem Ampelkoalitionsvertrag vollstreckt. Die begleitende Aufklärungskampagne ist nur ein Feigenblatt. Parallel sind die Verschreibungen von Medizinal-Cannabis hochgeschneilt. Es sollte per Klick keine Krankschreibung und erst recht keine Drogen geben.

Es ist zugleich ein Jammer, dass viele Ressourcen im Gesundheitsministerium, bei Ländern und Kommunen in ein Vorhaben gesteckt wurden, das die Welt nicht braucht, das sie für junge Menschen gefährlicher macht. Die ministerielle Power wäre in Reformen der Pflege und Notfallversorgung besser aufgehoben gewesen. Nun hat Schwarz-Rot die Chance, den Fehler der Ampel zu korrigieren. Den SPD-Wählern dürften viele Themen wichtiger sein als das Glück der Kiffer.

Weil hat den Zeitpunkt
gut gewählt

VON JAN DREBES

Dieser SPD-Personalwechsel hat sich seit Jahren abgezeichnet: Im Mai zieht sich Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil zurück und übergibt die Regierungsgeschäfte an den derzeitigen Landeswirtschaftsminister Olaf Lies. Die Staffelübergabe kommt zu einem klug gewählten Zeitpunkt. Im Herbst 2027 wird in Niedersachsen ein neuer Landtag gewählt. Zeit genug, damit sich der seit nahezu elf Jahren im Wartestand befindliche Lies auf die Spitzenkandidatur vorbereiten kann.

Viel später hätte Weils Rückzug aber auch nicht kommen dürfen, war er zuletzt doch stärker unter Druck geraten. Etwa durch einen Untersuchungsausschuss zum Gehaltsbonus für seine Büroleiterin. Seiner Beliebtheit tat dies keinen Abbruch. Und er war für die SPD im Bund stets eine wichtige Stütze. Unter seiner Führung wurde Niedersachsens Landesverband zum wichtigsten Machtfaktor in der Partei.

Auf Lies kommt damit eine doppelte Herausforderung zu. Er muss sich selbst für die Landtagswahl profilieren und zugleich Weils Erbe gut verwalten, um der Bundespartei nicht zu schaden in einer Phase des Neustarts und der Umbrüche nach dem Desaster bei der Bundestagswahl. Aus Niedersachsen kommen die aktuell mächtigsten SPD-Männer: Partei- und Fraktionschef Lars Klingbeil, Verteidigungsminister Boris Pistorius als Umfragekönig, Generalsekretär Matthias Miersch und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil.

Das Ringen im Hintergrund ist eine harte Bewährungsprobe für Lies in einer Zeit, in der viele Sozialdemokraten um ihre politische Zukunft kämpfen – auch mit Blick auf den Bundesparteitag im Juni. Scheitert Lies an dieser Führungsaufgabe, würde er Klingbeil gewaltige Probleme bereiten. Die Machtkämpfe im NRW-Landesverband in den vergangenen Jahren, in denen sich Spitzengenossen gegenseitig diskreditierten, sollten Lies ein abschreckendes Beispiel sein.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANALYSE Die Türkei und die EU näherten sich zuletzt immer stärker an. Die Festnahme von Ekrem Imamoglu hat die Entwicklung allenfalls leicht gebremst. Denn zu wichtig ist das Land am Bosphorus in Sachen Sicherheit.

Ankaras Anziehungskraft

VON SUSANNE GÜSTEN, ISTANBUL

Wenn Regierungsgegner in der Türkei gehofft haben sollten, dass die Inhaftierung des Istanbuler Oberbürgermeisters und Erdogan-Rivalen Ekrem Imamoglu scharfe Kritik der Europäischen Union auslösen würde, haben sie sich getäuscht. Aus Brüssel kam lediglich die Forderung, die Türkei solle sich an rechtsstaatliche Regeln halten. Bundeskanzler Olaf Scholz nannte Imamoglus Festnahme „bedrückend für die türkische Demokratie und für unser Verhältnis“, verzichtete aber auf konkrete Schritte wie eine Einberufung des türkischen Botschafters. Die Annäherung zwischen der Türkei und Europa, die mit der Debatte über eine Teilnahme der Türkei an einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur Fahrt aufgenommen hatte, wird durch Imamoglus Festnahme höchstens gebremst, aber nicht gestoppt.

Nur wenige Tage, bevor Imamoglu am 19. März von der Polizei aus seinem Haus geholt und zum Verhör gebracht wurde, hatte der polnische Ministerpräsident und derzeitige Inhaber des EU-Ratsvorsitzes, Donald Tusk, in Ankara mit Präsident Recep Tayyip Erdogan gesprochen. Die EU hatte ihr Interesse an engen Beziehungen im vorigen Jahr neu entdeckt und bemüht sich wegen des Zerwürfnisses mit US-Präsident Donald Trump in jüngster Zeit verstärkt um einen guten Draht zur sicherheitspolitisch wichtigen und militärisch starken Türkei.

Erdogan bekundete sein Interesse, die Türkei an neuen europäischen Sicherheitsstrukturen zu beteiligen, und schickte seinen Generalstabschef Metin Gürak nach Paris, wo er mit seinen Kollegen aus Frankreich und Großbritannien über die künftige Unterstützung für die Ukraine sprach. Ankara ist grundsätzlich zur Beteiligung an einer euro-

päischen Friedenstruppe in der Ukraine bereit. Die Türkei pflegt aber auch enge Beziehungen zu Russland und hat sich westlichen Sanktionen gegen Moskau nicht angeschlossen. Kurz nach Kriegsausbruch 2022 vermittelte Erdogans Regierung das Getreide-Abkommen zwischen der Ukraine und Russland.

Die Türkei kann Europa sicherheitspolitisch einiges bieten. Die türkische Armee ist nach den US-Streitkräften die zweitgrößte der Nato, stützt sich auf eine boomende Rüstungsindustrie und hat Kampferfahrung. Ankara exportiert schon jetzt

Drohnen, Flugzeuge, Schiffe und andere Rüstungsgüter an die Ukraine und an mehr als ein halbes Dutzend Nato-Verbündete, vor allem in Osteuropa. Die Mit-

arbeit der Türkei in einer europäischen Sicherheitsstruktur zur Abschreckung Russlands „ist ein absolutes Muss“, sagt Howard Eissenstat, Türkei-Experte an der Saint-Lawrence-Universität in den USA und am Institut für Türkei-Studien der Universität Stockholm.

Im Nahen Osten baut die Türkei ihren Einfluss ebenfalls aus, vor allem in Syrien ist die türkische Diplomatie seit dem Umsturz im Dezember aktiv. „Eine Außenpolitik von 360 Grad“ nennt Erdogan das. Ankara sehe „Europa als einen relativ kleinen Teil einer künftigen multipolaren Welt“, sagte Türkei-Experte Eissenstat sagte unserer Redaktion.

Bessere Beziehungen zwischen Europa und der Türkei sind möglich, weil die EU bereit ist, die Erosion demokratischer Standards unter Erdogans Regierung zu ignorieren. Der türkische Präsident bekräftigt zwar regelmäßig, Ziel seines Landes bleibe die EU-Mitgliedschaft. Doch Erdogan weiß so gut wie die Politiker und Bürokraten in Brüssel, dass daraus aus zwei Gründen nichts werden dürfte: Erstens ist die Türkei meilenweit von der Erfüllung demokratischer und rechtsstaatlicher

„Erdogan bleibt für
die EU ein schwieriger,
aber notwendiger
Gesprächspartner“

Hüseyin Cicek
Türkei-Experte

INFO

Erdogan löst diplomatische
Krise mit Israel aus

Rede Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat mit einer heftigen Verbalattacke eine erneute diplomatische Krise mit Israel ausgelöst. „Möge mein Gott (...) Zerstörung und Elend über das zionistische Israel bringen“, sagte Erdogan in einer Rede nach dem Gebet zu Beginn des Zuckerkfestes am Sonntag.

Reaktionen Israels Außenminister Gideon Saar verurteilte die Aussagen und schrieb auf der Plattform X: „Diktator Erdogan hat sein antisemitisches Gesicht gezeigt.“ Erdogan sei für die Region und sein eigenes Volk eine Gefahr. Kurz darauf folgte eine scharfe Erwiderung aus Ankara. Das türkische Außenministerium nannte die Aussagen Saars „unverschämte“. Der türkische Kommunikationsdirektor Fahrettin Altun wies den Vorwurf des Antisemitismus zurück und deutete Erdogans Aussagen als „mutigen Widerstand gegen zionistische Schikanen und Diffamierungen“.

Beziehungen Die Beziehungen zwischen Israel und der Türkei sind bereits seit dem Ausbruch des Gaza-Kriegs auf einem historischen Tiefpunkt. (dpa)



Der türkische Präsident Recep
Tayyip Erdogan.

FOTO: DPA

Kriterien entfernt, und zweitens wollen viele EU-Staaten die Türkei ohnehin nicht aufnehmen. Ein Dialog, bei dem Streitfragen wie der Druck auf Opposition, Medien und Meinungsfreiheit in der Türkei ausgeklammert werden, ist beiden Seiten recht.

Die türkische Opposition fühlt sich von Europa alleingelassen. Özgür Özel, Vorsitzender von Imamoglus Partei CHP, warf dem britischen Premierminister Keir Starmer in einem BBC-Interview vor, zu der Inhaftierung des türkischen Hoffnungsträgers zu schweigen. Die verhaltenen Reaktionen des Westens nach der Inhaftierung von Erdogans wichtigstem innenpolitischen Konkurrenten sind nach Ansicht von Özel ein Beleg dafür, dass Europa die türkische Führung nicht verärgern will.

„Die EU steht vor der Herausforderung, ihre Menschenrechtsagenda mit geopolitischen Realitäten zu vereinen“, sagt Hüseyin Cicek, Türkei-Experte an der Universität Wien und der Sigmund-Freud-Universität in Österreichs Hauptstadt. Die sicherheitspolitische Bedeutung der Türkei wachse, sagte Cicek unserer Redaktion. Damit bleibe Erdogan für die EU „ein schwieriger, aber notwendiger Gesprächspartner“.

Erdogan mit Samthandschuhen anzufassen, sei jedoch der falsche Weg, sagt der Politologe Murat Somer von der Istanbuler Özyegin-Universität. „Eine autokratische Türkei kann kein verlässlicher Schutz für die europäische Sicherheit sein, nur eine demokratische Türkei kann das“, sagte Somer unserer Redaktion. Europa solle sich deshalb auf die Seite der türkischen Opposition stellen. Somer sieht die Ereignisse in der Türkei als Teil einer globalen Auseinandersetzung zwischen Demokratien und „oligarchisch-rechtsradikalen“ Systemen. Deshalb liege es im Eigeninteresse der europäischen Staaten, nach Imamoglus Festnahme Flagge zu zeigen. „Die internationale Gemeinschaft muss schnell und entschlossen handeln“, sagt Somer. „Was in der Türkei geschieht, wird nicht auf die Türkei beschränkt bleiben.“

WISSENSDRANG

In den frühen Kulturwissenschaften wurde die Welt in Scham- und Schuldkulturen eingeteilt. Der zentrale Unterschied: In Schuldkulturen orientiert sich das moralische Urteil an einer inneren Instanz: dem Gewissen. In Schamkulturen hingegen zählt vor allem die soziale Wahrnehmung: Entscheidend ist, ob man öffentlich bloßgestellt wird oder nicht. Diese Einteilung war schon immer fragwürdig. Der Westen war nie eine reine Schuldkultur – und andere Weltregionen waren nie reine Schamkulturen. Zudem ist Scham nicht immer von außen gesteuert. In den vergangenen Jahren ist jedoch in den westlichen Gesellschaften eine besonders auffällige Verschiebung hin zu einer stärker an äußerer Beschämung orientierten Moral zu beobachten.

Soziale Kontrolle
in Echtzeit

Die öffentliche Wahrnehmung ist inzwischen wichtiger als das eigene Gewissen.



MARIA-SIBYLLA
LOTTER

Der Bedeutungsschwerpunkt moralischer Begriffe für schädliches Verhalten wie Gewalt, Rassismus oder Mikroaggression hat sich verschoben. Nicht nur, dass der Gewaltbegriff inzwischen so ausgeweitet wurde, dass er auch auf irritierende Äußerungen angewendet wird. Es geht immer weniger darum, ob eine Handlung oder Äußerung in verletzender Absicht erfolgt, sondern wie sie empfunden wird. Die Reaktion auf eine unbeabsichtigte Bemerkung kann schlimmer sein als auf eine absichtliche Kränkung oder körperliche Gewalt. Entscheidend ist nicht mehr die Absicht der Sprecherin, sondern die Reaktion der Zuhörer. Diese Entwicklung ist brisant. Während Schuldkulturen darauf setzen, dass der Einzelne sich seiner Absich-

ten bewusst ist und Verantwortung übernimmt, rückt die Schamkultur die öffentliche Bloßstellung in den Vordergrund. Wer sich falsch äußert oder verhält, muss mit sozialer Anprangerung und Ächtung rechnen. Online-Plattformen haben diese Dynamik verstärkt: Ein missglückter Tweet kann zu einem bedrohlichen Shitstorm führen. Soziale Kontrolle funktioniert in Echtzeit – mit einer Härte, die in traditionellen Schamkulturen sehr selten ist. Wer sich diese Entwicklung bewusst macht, kann vielleicht zu mehr Fehler-toleranz beitragen.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Biochemikerin Birgit Strodel ab.